

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 43

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 8 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8244.

Hamburg, den 28. Oktober 1922

Leserinnen bitten die schwebelastige Non-
parallele oder deren Raum 5 Mark
(der Beitrag ist stets vorher einzulösen),
Verbandsanzeigen 2 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

Beiratstagung.

Am 13. und 14. Oktober trat in Hamburg unser Verbandsbeirat zum zweiten Male in diesem Jahre zusammen mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über den Stand der Organisation.
2. Beratungen über den 5. Nachtrag unseres Verbandsstatuts.
3. Stellungnahme zu dem Stande der Verschmelzung der baugewerblichen Verbände.
4. Verschiedenes.

Verbandsvorsitzender Kollege **Streine** kennzeichnete einleitend die gegenwärtige Wirtschaftslage, die ein überaus tiefes und trübendes Bild bietet. Die andauernde Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wirkt auch stark auf die politische ein und Weisung des weiteren Fortschritts. Die Unzufriedenheit bei den Massen aus. Dazu kommt, daß mit größerer Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß, während die Teuerung anhält. Das Bedauerlichste sei nur, daß viele Arbeiter ihren Unmut gegen diejenigen Kreise richten, die an diesen Verhältnissen keine Schuld tragen und alles aufbieten, Verbesserungen herbeizuführen. Eingehend schilderte Redner die Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Teuerung einzudämmen, die Lebensmittelpreise zu sichern usw. Im Rahmen dieser nur kurz ange deuteten rastlosen Tätigkeit konnte sich unsere Organisation natürlich vorwiegend mit der Weitergestaltung und Regelung der Lohnverhältnisse befassen. Diese Arbeit nahm unsere volle Arbeitskraft in Anspruch, so daß bedauerlicherweise andere wichtige organisatorische Aufgaben, Fragen des inneren Ausbaues und der Ausflüchtungen immer mehr in den Hintergrund traten. Des näheren beleuchtete er die diesjährigen zentralen Lohnverhandlungen mit ihren Ergebnissen und Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Kollegenschaft. Über die Frage, ob weiter im zentralen Rahmen die Lohnverhandlungen geführt werden sollen, mußte sich der Beirat entscheiden, da in verschiedenen Filialen die zentrale Regelung auf Widerstand stieß, indem man glaube, durch örtliche oder bezirkliche Verhandlungen einen besseren und schnelleren Ausgleich für die fortgesetzte Preissteigerung erhalten zu können. So sehr auch über diese taktische Frage die Meinungen geteilt seien, maßgebend werde stets die Konjunktur im Gewerbe sein. Eine solche, wie sie im Baugewerbe vorhanden, bestehe für das Malergewerbe nicht; für uns biete sich daher die Reparaturarbeit die größte Arbeitsmöglichkeit, die aber immer noch aufs äußerste eingeschränkt werde. Die Teuerung steige weiter, da sei für uns die wichtigste Frage: wie kommen wir am schnellsten vorwärts? Und da sei er der Meinung, daß dies im Interesse unserer Kollegenschaft immer noch am besten auf dem Wege der zentralen Verhandlung geschehe. Zahlreiche Lohnkämpfe und Bewegungen müßten geführt werden. Durch das Hineinziehen unserer Kollegen, wenn andere Betriebe im Lohnkampfe stehen, sind gewaltige Summen verausgabt worden, so zum Beispiel beim großen Kampf in der süddeutschen Metallindustrie. Seit Januar dieses Jahres haben 9 zentrale Lohnverhandlungen stattgefunden; die Lohnsätze sind hierdurch bis um das Elfache gestiegen, der höchste Stundenlohn beträgt zurzeit 120 M. Aus der letzten statistischen Erhebung über unser Gewerbe geht hervor, daß 52 % der Arbeitgeber im Malergewerbe keine Gehilfen beschäftigen, 37 % bis zu 5 Gehilfen, 7 % bis zu 10 Gehilfen, nur 90 Geschäfte seien vorhanden, die über 50 Gehilfen beschäftigen. Das sei kein erhebendes Bild. Trotzdem sei zu begrüßen, daß der Stand unserer Organisation ein guter ist; von 46 100 ermittelten Kollegen im Baugewerbe waren 38 000 = 82 % organisiert. Von in der Industrie und im Lackierergewerbe beschäftigten 24 435 Lackierern waren 15 593 organisiert, gegen 6000 gehörten andern Verbänden als Mitglieder an. Zum Schluß seines Vortrages ging der Redner noch auf einige der wichtigsten Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses ein. Der VEB bedürfe gleichfalls noch weiterer Mittel; die Frage des gewerblichen

Arbeiterschutzes werde ständig beobachtet. — Durch die Einrichtung eines besonderen Sekretariats im Hauptvorstand für Jugend- und Lehrlingschutz und für Betriebsärztefragen würde auf diesen Gebieten intensiver als bisher gearbeitet. Die von der letzten Lackiererkonferenz beschlossene Lackierbeilage werde im Dezember zum ersten Male herauskommen. — Die Mitgliederzahl des Verbandes war am 1. Juli auf 60 219 gestiegen. Die Steigerung hatte an; denn es gingen jetzt allwöchentlich 83 000 „Verbands-Anzeiger“ hinaus.

Eine sehr regsame Debatte, an der sich 19 Kollegen beteiligten, schloß sich dem Bericht an, der allgemeine Zustimmung fand. Die vielen Punkte wirtschaftspolitischer Art, die der Referent berührte, seien aktueller Natur und spielten in der Arbeiterschaft eine große Rolle, so daß sie hier unbedingt erörtert werden mußten.

Einige Redner sprachen der schärferen Kontrolle der Produktion das Wort. Die große Mehrheit erklärte sich für zentrale Lohnverhandlungen, das liege im Interesse der Gesamtorganisation. Wo etwas Gutes zu erzielen sei, habe man sich den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Die Hauptsache sei natürlich das Ergebnis.

Kollege **Streine** warnte in seinem Schlußwort vor Uebertreibungen; man dürfe nicht behaupten, daß die Gewerkschaften alles durchführen könnten. Ebenso unberechtigt sei der Vorwurf, die Gewerkschaften hätten nichts getan. Nicht auf das Wollen käme es an, sondern auf das Können. Der Betriebsrätekongreß werde von uns abgelehnt, da dieser doch nichts an den Verhältnissen ändern könne. Nur Illusionen würden erweckt, die sich nicht erfüllen lassen, und dann werde zum Schluß auf die Gewerkschaften geschimpft. Es sei ehrlicher, zu sagen, daß wir das kapitalistische System jetzt nicht aus den Angeln heben könnten, als Versprechungen zu machen, die unerfüllbar sind. Mit unsern Lohnverhandlungen könnten wir nicht das System ändern, aber doch Linderung schaffen. Mit den ewigen Parolen und Schlagwörtern — das neueste laute Produktionskontrollen — werde kein Erfolg geschaffen. Streiks während der Dauer des Tarifverhältnisses können wir nicht billigen; wenn wir Verträge abschließen wollen, muß auch beiderseits Treue und Glauben vorhanden sein; daß eine Partei machen könne, was ihr beliebt, gehe nicht. Er stellte fest, daß gegen die Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen keine Einwendungen erhoben wurden; ebenso soll an den zentralen Verhandlungen festgehalten werden.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung leitete Kollege **Geirich** mit einem Überblick über die Mitgliederbewegung und die Kaszenverhältnisse ein. Die Mitgliederbewegung zeige eine stetige Aufwärtsbewegung. Die Stabilität habe zugenommen, was wohl mit auf die Höhe der Beiträge zurückgeführt werden könne. Seit April mußte eine gründliche Reform der Beitragszahlung und der Unterstützungen erfolgen. Eingehend begründete er eine Vorlage des Vorstandes, nach der die ersten 10 Klassen der Beiträge jetzt ausgeschaltet werden, die übrigen 20 sich automatisch auf der bisherigen Grundlage aufbauen. Wesentlich sind das höhere Eintrittsgeld und die Verkürzung der Karenzzeit bei Arbeitslosenunterstützung und fakultativer Beitragsbefreiung, daneben aber eine achtwöchige Karenzzeit beim Eintritt in höhere Beitragsklassen bei Streiks.

An der lebhaften Aussprache nahmen sämtliche Beiratsmitglieder teil, die in ihrer Mehrheit der Vorstandsvorlage im großen ganzen zustimmten. Die Vorlage fand nach gründlicher Beratung mit geringen Änderungen gegen 3 Stimmen Annahme. Sie ist in der Nr. 42 des „Verbands-Anzeigers“ bereits veröffentlicht worden.

Zur Frage der Verschmelzung der baugewerblichen Verbände erstattete Kollege **Streine** einen näheren Bericht über die Vorgänge seit unserer letzten Beiratssitzung. Er gab die Beschlüsse bekannt, die der Bauarbeiterverband auf seinem diesjährigen Verbandstage gefaßt, und die Stellungnahme, die der deutsche Gewerkschaftskongreß auf seiner Tagung in dieser Frage eingenommen hat.

Über beide Tagungen sei an dieser Stelle ausführlich berichtet worden. Des weiteren verwies er auf die Entschließung des Beirats vom 8. April dieses Jahres in dieser Angelegenheit, die sich auf den Beschluß unserer Generalversammlung stützt und worin die näheren Garantiebestimmungen festgelegt worden seien, da einstimmig die Ansicht vertreten wurde, daß bei einem so bedeutungsvollen Beschluß über die Aufgabe einer selbständigen, jahrzehntelang bestehenden Organisation bestimmte Gewähr über die Einhaltung der durchgeführten Sicherungen gegeben sein müßte, um sich gegen spätere etwaige Vorwürfe zu sichern. Klar müsse sich jeder Kollege sein, daß später in einem Industrieverband nicht alle Wünsche der Kollegen so realisiert werden können wie in der auf ihre besonderen Verhältnisse zugeschnittenen Berufsorganisation, die unabhängig sei von dem Einfluß anderer, die große Mehrheit stützender Arbeitergruppen.

In der Aussprache wurde von allen Seiten mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß der Verbandstag des Bauarbeiterverbandes sich mit den unserseits aufgestellten Bedingungen gar nicht beschäftigen hat. Beste Sicherungen müßten vorhanden sein; denn mit Versprechungen allein würden sich die Mitglieder nicht abfinden lassen. Die Frage soll allgemein in den Filialen ventiliert und Aufklärung geschaffen werden. Der Zusammenschluß sei nur zu empfehlen mit den vom Beirat aufgestellten Garantien für größtmögliche Selbständigkeit unserer Fachgruppen in dem allgemeinen Verbande. Die Bestimmungen sollten vom Vorstand, nochmals genau umrissen, dem Bauarbeiterverband schriftlich unterbreitet werden, damit der nächsten Beiratssitzung, die wohl im März 1923 stattfinden könne, die Antwort vorgelegt werde. Die dann tagende Generalversammlung habe sich endgültig mit der Frage zu beschäftigen und, wenn sie zustimme, durch Abstimmung entscheiden zu lassen.

Damit waren die wichtigsten Punkte der Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende ersuchte, in den Filialen immer wieder darauf hinzuweisen, daß nicht zuviel Exemplare des „Verbands-Anzeigers“ an die einzelnen Orte gelangen und auch die sonstigen Materialbestellungen klar und gewissenhaft erfolgen. Die ungeheure Preissteigerung aller Drucksachen bedinge größte Sparsamkeit. Ueberflüssige Beitragsmarken müssen an die Hauptkasse zurückgeschickt werden. Nochmals wies er auf die neu erscheinende Lackiererzeitung hin. Die Lackiererkollegen hätten die Pflicht, alles aktuelle Material, das sich zur Aufnahme eigne, baldigst einzusenden. Mit Worten des Dankes für die rege Mitarbeit der Beiratsmitglieder zur glatten Erledigung der wichtigen Tagesordnung schloß er die Sitzung.

Gewerkschaftsmitglieder und Landtagswahl in Sachsen.

Der sächsische Landtag ist mit den bürgerlich-kommunistischen Stimmen aufgelöst worden, und am 5. November steht das sächsische Volk vor der Entscheidung, ob es den Reaktionen von einst das Staatsruder wieder überlassen will, oder ob die soziale Republik ihre fruchtbringende Arbeit weiter verrichten soll.

Als der Landtag 1920 mit einer sozialistischen Mehrheit von 2 Stimmen zusammentrat und allen Anfeindungen zum Trotz die reine Arbeiterregierung, bestehend aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen mit Unterstützung der Kommunisten bildete, da waren sich die Kenner der sächsischen Verhältnisse klar darüber, daß bei der Stärke des Bürgertums und der unfruchtbaren Politik der Kommunisten diese Lösung sehr gewagt erschien. Denn die wirtschaftliche Not des industriell hochentwickeltesten Landes und der Mangel an Staatsmitteln machten besonders die Durchführung sozialer Maßnahmen recht unwahrscheinlich. Heute kann dagegen gesagt werden, daß dieses Experiment geglückt ist, und daß die sozialistische Regierung in den zwei Jahren ihres Bestehens in sozialer Hinsicht geradezu vorbildlich gewirkt hat.

Die Verwaltung und die Justiz sind mit zähester Energie demokratisiert, die reaktionären Elemente in ihr entfernt und Sozialisten und gute Republikaner mehr und mehr zu Amtshauptleuten, Kreispräsidenten, Gemeindevorständen, Staatsanwälten und Richtern ernannt worden. Die eingebrachte Gemeindeform sollte dieses Werk der Demokratisierung vollenden und den Mehrheitswillen des Volkes auch in der Gemeindeverwaltung zur Geltung bringen.

Ein Hauptaugenmerk legten die Regierung und der Landtag auf die Befestigung und Erweiterung der Arbeiterrechte. In Bauten- und Grubenkontrollen sowie zu Gewerbeinspektoren wurde eine Anzahl gewerkschaftlicher Arbeiter ernannt, unbefristet um das Geschick, das aus Interessenkreisen gegen diese Beförderung erhoben wurde. Bei ausbrechenden Lohnkämpfen traten die Arbeitergeheimräte der Regierung in energischster Weise für die berechtigten Forderungen der Arbeiter ein und verhinderten in einer großen Anzahl von Fällen, daß der rücksichtslose Machtwille des Unternehmertums sich in Lohnkämpfen oder Aussperrungen auswirkte. Die energische Durchführung des erlassenen Lebensstundensverbotes sorgte dafür, daß die Arbeitslosigkeit auf das geringste Maß beschränkt wurde. Die wirtschaftlich stark daniederliegende vogtländische Spitzenindustrie wurde durch Verpflanzung neuer Industrien umgestellt und lebensfähig gemacht. Für 29 000 Erwerbslose konnte durch Einrichtung von Hilfsarbeiten eine erhöhte Erwerbslosenunterstützung beschafft werden. Für produktive Erwerbslofenfürsorge wurden im Jahre 1921 nicht weniger als 2 1/2 Millionen Mark verausgabt. Das Wirtschaftsministerium beauftragte die Landesstelle für Textilnotstandsversorgung mit der Organisation von Aufträgen in Bekleidungsmaterial und Wäsche und bestimmt, daß die Preisstabilisation der Aufträge erhaltenden Industriellen unter die Kontrolle der Gewerkschaften gestellt wurde. Durch diese Notstandsversorgung sind der münderbemittelten Bevölkerung für über 100 Millionen Mark erheblich verbilligter Textilien, Kleidungsstücke und Schuhwaren zugeführt worden. Das frühere Reichsbekleidungsamt Dresden wurde in ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen umgewandelt, an dem außer der Staatsbank die Großeinlaufgesellschaft Deutscher Kaufmänner und die Produktionsgenossenschaft der Schneider in Dresden und Seiffhennersdorf beteiligt sind. Sodann wurde ein Arbeitnehmerkammergesetz erlassen, das der Arbeiterschaft die Möglichkeit geben soll, in allen wirtschaftlichen und beruflichen Fragen der Regierung beratend und gutachtlich zur Seite zu stehen, und damit ein Gegengewicht zu den Gewerbe- und Handelskammern zu bilden. Die gleiche Absicht verfolgte die Regierung in dem eingebrachten Landwirtschaftskammergesetz, das den Einfluß der Großagrarier in der landwirtschaftlichen Produktion und Preisbildung eindämmen und den Landarbeitern zum erstenmal ein Mitbestimmungsrecht auf diesen Gebieten geben sollte. Die Staatswirtschaft wurde unter Mithilfe der Arbeitervertretung durch das Staatswirtschaftsgesetz in vorbildlichster Weise wieder aufgerichtet. Aktivitäts-, große Kohlenwerke, Landwirtschaftsbetriebe usw., dem privaten Ausbeutertum entzogen, der Gesamtheit mit bestem Erfolg dienstbar gemacht und damit gleichzeitig der Sozialisierungsgedanke befruchtet.

Für den Wohnungsbau wurde die doppelte Summe bereitgestellt, die der Staat auf Grund des Reichsgesetzes zu geben verpflichtet war. In der Wohlfahrts-, Säuglings- und Kleinkinderpflege, im Mutterchutz und in den Mütterberatungsstellen wurde vorbildlich gearbeitet, die Jugendwohlfahrt ausgebaut, die Zerkulose-, Krüppel- und Erholungsfürsorge in gründlichster Weise gefördert und allerorts Arbeiterwohlfahrtsausgänge gegründet, die mit staatlichen Mitteln die Wohlfahrtspflege in andere Bahnen lenken. Der Arbeitersportbewegung wurde die denkbar größte Unterstützung zuteil. Auch die Polizei konnte umgestellt und zu Dienern der sozialen Republik gemacht werden.

Endlich ging die Regierung an die Umwandlung des Volksschulwesens. Durch die Umwandlung der Lehrerseminare wird der heranzubildende Volksschullehrer auf die sozialen Ideen der neuen Republik und die neuesten Methoden der Pädagogik eingestellt und in der Aufbauschule 300 Kindern des Proletariats jährlich die Möglichkeit gegeben, auf Kosten des Staates eine Gymnasialbildung zu erhalten. Den Rahmen dieser geistigen Umstellung vollendete das Schulbarkeitsgesetz, das die Volksschulbildung gründlich vertieft, den Lehrern zum Angehörigen des Staates macht und ihn somit aus den Reihen einer rückwärtigen Gemeindepolitik befreit.

Daß all diese Maßnahmen nur unter dem energischsten Widerstand der bürgerlichen Parteien durchgeführt werden konnten, und daß die sozialistische Regierung diesen Parteien immer unbekümmerter wurde, versteht sich von selbst. Als daher der Landtag noch zwei christliche Feiertage abschaffte und dafür den 1. Mai und den 9. November zum gesetzlichen Feiertag erhob, da schrie die Reaktion auf und forderte fürmlich die Auflösung des Landtages.

Dieses Verlangen wurde zwar zunächst abgelehnt, doch schloß die Ringerkämpfe das Volksgeschehen auf Auflösung des Landtages. Die Regierung war keineswegs gewillt, dieser Auflösung aus dem Wege zu gehen, doch erklärte sie offenherzig, daß zunächst einmal die wichtigsten vor der Verabschiedung stehenden Gesetze durchgebracht werden müßten, unter anderem die Gemeindeform, das Arbeitnehmerkammergesetz, das Landwirtschaftskammergesetz, das Gesetz der Beamten zum Schutze der Republik und andere mehr. Ebenso, daß bei der Zeit zu gesetzgeberischen Maßnahmen benötigte, um der durch die Parteienverteilung herausbesprorenen Not und dem Hunger zu steuern.

All das hätte auch durchgeführt werden können, wenn nicht die Kommunisten plötzlich der Regierung und den sozialistischen Parteien in den Rücken gefallen wären. Denn nur die durch die Lenening entstandene Erregung der wehrfähigen Massen politisch auszunutzen, jammern diese Arbeitervertreter mit der größten Feindschaft der Arbeiterschaft, den Deutschlandsozialisten und der Deutschen Volkspartei, für die Auflösung.

Da die sozialistische Regierung mit ihrer vorbildlichen Politik auch im Reich und in andern Ländern stets als Dränger und Beweger auftrat, nicht die gesamte deutsche Reaktion dem Erregung des Sozialismus mit größter Spannung entgegen. Sie ist es, die die Bürgerlichen, dann fällt das feste Bollwerk der deutschen Republik, dann verjüngt ein Anreger und Erreger auf sozialen Gebiete. Deshalb haben ganz besonders die sozialistischen Gewerkschaften das größte Interesse an der Erhaltung einer sozialistischen Regierung, ganz besonders in einer Zeit, in der die Gegner der Arbeiterschaft sich erheben, eroberte Positionen der Gewerkschaften ergreifen.

Dem gewerkschaftlich organisierten Kollege darf daher am 9. November der sozialistische Kampf fernbleiben! Müßt die Kommunisten Sozialdemokratische Partei! Das ist die Partei unserer sozialistischen Kollegen und ihrer wichtigsten Angehörigen am 9. November.

Hermann Krüger †

Am Sonntag, 22. Oktober, früh 5 Uhr, verstarb nach dreitägigem schwerem Leiden infolge Schlaganfalls unser lieber Kollege, zweiter Hauptkassierer, Hermann Krüger.

Schon während des Krieges erlitt er einen Schlaganfall, der ihn wochenlang aufs Krankenlager warf. Seine kräftige Natur setzte sich noch einmal durch; wenn er auch nicht mehr wie vordem auf dem Posten war, so hofften wir doch alle, die mit ihm zusammenkamen, daß unser lieber Freund und Kollege noch auf Jahre hinaus seinen Aufgaben im Hauptbureau des Verbandes nachkommen werde. Es sollte nicht sein. Am Donnerstag, 19. Oktober, mußte er seine Tätigkeit plötzlich einstellen. Ein neuer Schlaganfall trat ein, an dessen Folgen er nach wenigen Tagen verschied.

Hermann Krüger, geboren am 25. Februar 1864 zu Dresden, trat 1886 zu Dresden der Organisation bei, nachdem er verschiedene Jahre in einer Reihe von Städten gearbeitet hatte. Als es 1892 den sächsischen Kollegen ermöglicht wurde, selbständige Filialen zu errichten, stand er stets in der vordersten Reihe der tätigen Kollegen, wie er auch Jahre hindurch Obmann der Agitationskommission in Dresden war. Im November 1900 wählte ihn die Generalversammlung zu Würzburg zum Mitglied des Hauptvorstandes, dem er seitdem ununterbrochen angehörte.

Mit dem Verstorbenen verliert unser Verband eines seiner ältesten Mitglieder, das allzeit pflichttreu auf dem Posten stand, für alle, die ihm nahestanden, ein guter Freund und braver Kollege.

Ehre seinem Andenken!

Die Teuerungsindezziffern des Reichs.

Von Dr. R. Ruczynski.

Der durchschnittliche Reallohn war in Deutschland Ende 1921 nur in 12 von insgesamt 27 Berufen höher als in der Zeit kurz vor dem Kriege. Das sollte nach Berichten in der Tagespresse das Ergebnis von Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes sein. Und in der Tat: die einschlägige Veröffentlichung des Arbeitsamtes über „die Bewegung der Löhne in verschiedenen Ländern von 1914 bis 1921“ enthält (französische Ausgabe Seite 49) eine Tabelle, aus der sich ein solches Ergebnis ableiten läßt. Der deutsche Leser aber greift sich an den Kopf und fragt: nur in 12 von insgesamt 27 Berufen, also doch in fast der Hälfte aller Berufe war der durchschnittliche Reallohn in Deutschland Ende 1921 höher als in der Zeit kurz vor dem Kriege? Und aus tiefer Betroffenheit wittert er hier eine französische Macho. Doch er irrt sich. Das Arbeitsamt hat die Nominallöhne ausschließlich deutschen Quellen entnommen, und es hat die Reallohne auf Grund der Teuerungsindezziffern des Statistischen Reichsamtes errechnet.

Ich habe auf die Mängel dieser Indeziffern seit Jahr und Tag in Wort und Schrift hingewiesen und habe immer wieder betont: die Reichsindezziffer muß die Teuerung geringer erscheinen lassen, als sie tatsächlich ist: 1. weil die vom Reichsamt nach den heutigen Lebensverhältnissen aufgestellte Normalration an Nahrungsmitteln vorzugsweise solche Waren berücksichtigt, die jetzt billig sind; 2. weil den Berechnungen im allgemeinen für die Vorkriegszeit eine mittlere oder gute, für die Gegenwart die billigste Qualität zugrunde liegt; 3. weil in die Berechnungen nur Nahrungs-, Heizungs-, Beleuchtungs- und die Wohnungsmiete, nicht aber die Bekleidung und die übrigen lebensnotwendigen Ausgaben einbezogen sind. Wie wenig jedoch das hierfür zuständige Arbeitsministerium meiner Kritik Gehör schenkte, ergibt sich wohl am deutlichsten daraus, daß es noch im „Reichsarbeitsblatt“ vom 15. April dieses Jahres erklärte: „Für den Zweck, eine Bewegung der Teuerungskurve darzustellen, reicht die Reichsindezziffer, auch bisher von Ruczynski unbestritten aus“.

Aber schon bevor das ahnungslose Ministerium diese lähne Behauptung aufstellte, hatte das Statistische Reichsamt in harter Erkenntnis, daß die Reichsindezziffer für den Zweck, eine Bewegung der Teuerungskurve darzustellen, nicht ausreicht, den jedenfalls nicht nur von mir geäußerten Bedenken Rechnung zu tragen versucht, indem es zunächst die Teuerungszahlen für die Vorkriegszeit herabsetzte und für die Nachkriegszeit erhöhte, so daß zum Beispiel die Reichsindezziffer für Dezember 1921 jetzt nicht mehr 1550, sondern 1748 lautet. Leider wurden diese Berichtigungen so spät vorgenommen, daß sie von dem Internationalen Arbeitsamt nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Andernfalls wären wenigstens einige von den groß Bemerkten, die für 1921 mit höheren Reallohnen erscheinen als für 1914, aus dieser Gruppe ausgefallen. Das Statistische Reichsamt hat aber vom April dieses Jahres an auch die Bekleidung in seine Berichterstattung einbezogen, und da es bis zum Mai auch noch die unrichtigen Zahlen fortgeführt hat, liegen für April und Mai drei Reihen von Reichsindezziffern vor:

| | April | Mai |
|----------------------------------|-------|------|
| Alte Methode ohne Bekleidung ... | 2604 | 3048 |
| Neue Methode ohne Bekleidung ... | 3175 | 3463 |
| Neue Methode mit Bekleidung ... | 3436 | 3803 |

Die neue Methode mit Bekleidung weist also Zahlen auf, die im April um 23 %, im Mai um 26 % höher sind als nach der alten Methode ohne Bekleidung. Bei Einbeziehung auch der übrigen unvermeidlichen Ausgaben, so insbesondere der Einkommensteuer, die bei Berechnung der Reichsindezziffer — im Gegensatz zum

Beispiel zu den Indeziffern des Statistischen Amtes der Stadt Hannover und zu meinem „Erstlingsminimum“ — noch immer vernachlässigt wird, wäre der Unterschied gegenüber der alten Methode ohne Bekleidung noch größer. Gätte das Statistische Reichsamt die von ihm in diesem Frühjahr vorgenommenen Berichtigungen und Ergänzungen und die von ihm leider noch immer nicht vorgenommenen Erweiterungen seiner Indeziffern rechtzeitig durchgeführt, so hätte das Internationale Arbeitsamt sicher fast keinen, vielleicht gar keinen Verursachung gehabt in dem der durchschnittliche Reallohn in Deutschland Ende 1921 höher war als in der Zeit vor dem Kriege. Von welchem Vorteil aber die rechtzeitige Bekanntheit der vollen Wahrheit für uns gewesen wäre, kann am besten der erweisen, der jetzt immer wieder von Ausländern hören muß, die auf amtlichem, deutschem Material fußende Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes widerlegen und einwandfrei alle Klagen über die Notlage der deutschen Arbeiterschaft.

Die jetzige Berichterstattung des Statistischen Reichsamtes bedeutet einen großen Fortschritt; aber sie ist immer noch unzureichend. Zunächst erscheinen die Ausgaben für Bekleidung nur in der Reichsindezziffer, sie fehlen aber in den Indeziffern für die einzelnen Städte. Die Indeziffer von Berlin lautet zum Beispiel für Juni 3283. Wer nicht weiß, daß diese Indeziffer auf ganz unvollständigen Unterlagen beruht, wird annehmen, die Lebenshaltung sei hier im Juni nur 33mal so teuer gewesen wie vor dem Kriege. Nach meinen Berechnungen waren nun die Kosten des Existenzminimums in Berlin — wenn man sich auf die in der amtlichen Indeziffer berücksichtigten Bedürfnisse (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung) beschränkt — tatsächlich 33mal so hoch wie 1913/14. Bei Einbeziehung der Bekleidung ergibt sich aber eine Verteuerung auf das 40fache, bei Einbeziehung auch der andern lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) eine Verteuerung auf das 42fache. Um gefährliche Mißverständnisse zu vermeiden, ist es also unbedingt erforderlich, daß das Statistische Reichsamt die Ausgaben für Bekleidung auch bei Berechnung der Indeziffern für die einzelnen Städte und darüber hinaus bei der Reichsindezziffer und ebenso bei den Indeziffern der einzelnen Städte auch die andern lebensnotwendigen Ausgaben berücksichtigt.

Auf diesem Wege könnte auch ein Teil des Mißtrauens, das heute in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die Indeziffern des Statistischen Reichsamtes herrscht, beseitigt werden. Volles Vertrauen würden sie allerdings erst dann erringen können, wenn endlich einmal neben den Endzahlen auch die Einzelzahlen veröffentlicht würden. Der Verdacht, daß bei Berechnung der Indeziffern gelegentlich „gebremst“ wird — ein Verdacht, der durch die mißbräuchliche Verwendung dieser Ziffern seitens des Reichsarbeitsministers und durch das auffallend schwache Steigen der Ziffern von Juni bis August genährt wurde —, ist tief eingewurzelt. Er wird auch durch das auffallend starke Steigen der Ziffern von August auf September nicht ganz entkräftet werden. Hier kann nur eins helfen: volle Wahrheit und volle Offenheit!

Die Stellung des Betriebsrates in der Wirtschaft.

Ueber dieses Thema ist schon außerordentlich viel geschrieben und gesprochen worden, und doch ist es notwendig, immer wieder darauf zurückzukommen; denn auch heute noch besteht darüber bei vielen Arbeitern Unklarheit.

Es ist leider eine Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft dem Betriebsrätegesetz noch durchaus verständnislos gegenübersteht. Nur dadurch ist es zu erklären, daß es recht leicht ist, ihnen einzureden, daß das Gesetz für sie keinen Zweck hat und daß diese Ansicht von vielen geglaubt wird. Sind wir auch weit davon entfernt, das Betriebsrätegesetz als ein ideales anzusehen, müssen wir doch, wenn wir die Dinge objektiv beurteilen, zugeben, daß es einen erheblichen Schritt nach vornwärts für die Arbeiterschaft bedeutet. Das haben nachträglich auch noch viele derjenigen anerkannt, die zuerst mit aller Macht gegen das Zustandekommen und Verabschieden des Gesetzes in der Nationalversammlung auftraten. Es geht eben mit diesem Gesetz genau so, wie es mit vielen andern auch gegangen ist. Man nimmt erst einmal das, was man bekommen kann, und versucht dann, es allmählich besser auszugestalten. Da wir damals nicht in der Lage waren, alle unsere Wünsche durchzusetzen und zu verwirklichen, mußte das Gesetz trotz seiner Fehler angenommen werden. Man war sich aber von vornherein darüber klar, daß es nur als Abschlagszahlung zu betrachten sei und der Kampf zur Verbesserung sofort mit allen Kräften einsetzen müsse. Es ist das um so notwendiger, als die Betriebsräte auf der wirtschaftlichen Struktur aufgebaut sind und gerade diese in den letzten Jahren eine wesentliche Aenderung zu verzeichnen hat. So ist ganz besonders eine immer stärkere Konzentration der Unternehmungen eingetreten, und zwar in vertikaler sowohl als auch in horizontaler Richtung. Sollen die Betriebsräte ihre Pflicht erfüllen und ganz besonders in der Frage der Wirtschaftlichkeit des Betriebes mitreden, ist es nötig, daß sich die innerhalb eines solchen Gebildes Beschäftigten und Gewählten von Zeit zu Zeit zusammenfinden können, um ihre Angelegenheiten gemeinsam zu beraten. Hier ist also zweifellos eine Lücke im Gesetz, die man versuchen muß, bald auszufüllen.

Dabei ist allerdings zu bemerken, daß das Erhalten von mehr Rechten nur dann einen Gewinn für die Arbeiterschaft bedeutet, wenn sie imstande ist, etwas damit anzufangen und Vorteile für sich herauszuholen. Wann aber kann sie es? Nur dann, wenn sie sich viel mehr als bisher mit den Problemen der Wirtschaft befaßt und sich durch eifriges Studium Kenntnisse über die Zusammenhänge aneignet.

Das wirtschaftliche Denken ist es, was der Arbeiterschaft und den Betriebsräten heute noch allzuoft abgeht. Das soll kein Vorwurf für sie sein, sondern erklärt sich aus den Verhältnissen. Unter dem alten System mußte sie sich ganz naturgemäß mit politischen Fragen befassen und versuchen, nach der Richtung hin Verbesserungen für die Arbeiterschaft herauszuholen und eine Aenderung der Lage zu erzielen. Dieses Ziel ist jetzt teilweise erreicht. Heute ist auch die Arbeiterschaft zu einem mitbestimmenden Faktor im Staatsgeworden. Politisch sind wir durch Einführung des freiesten Wahlrechts und besten Wahlsystems völlig gleichberechtigt

Staatsbürger geworden. Aber damit hat sich für die Arbeiterklasse noch recht wenig geändert. Sie ist wirtschaftlich noch fast genau so abhängig wie vor der Umwälzung...

Es ist kein Zweifel, daß sich gerade von hieraus eine Neuordnung der Dinge vollziehen muß. Wir haben die formale politische Demokratie, das heißt völlige Gleichberechtigung aller Staatsbürger...

Der Streit entbrennt natürlich jetzt darüber, wie weit die Macht der Betriebsräte gehen soll. Genau so wie man früher um die politische Gleichberechtigung kämpfte...

Sind diese Vorbedingungen heute erfüllt? Leider nein. Was das letztere anbetrifft, weiß jeder, wie geklüftet heute noch die Arbeiterklasse ist...

Sind wir nun an Wissen und Können den jetzt Herrschenden in der Wirtschaft gleich? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Sicher ist aber, daß die Unternehmer auf Grund einer oft besseren Schulbildung...

Damit ist gesagt, daß wer wünscht und wer gewillt ist, für die Gleichberechtigung der Arbeiter in den Betrieben und in der Wirtschaft einzutreten...

Was vom Standpunkte des Maler- und Lackiererberufes besonders am Betriebsrätegesetz zur Kritik Veranlassung gibt, ist, daß erst in den Betrieben mit 20 Beschäftigten ein Betriebsrat zu wählen ist...

Somit ist also das Betriebsrätegesetz zufriedenstellend und so viele Mängel hat, tut die Arbeiterklasse alles, um

in den Geist des Gesetzes einzubringen und seine Paragraphen meistern zu lernen, dann kann es mit werden zu einem jener Hebel, durch die die heutige kapitalistische Welt einmal aus den Angeln gehoben wird.

Aus unserm Beruf.

Ein Ehepaar tot aufgefunden. Am Sonntag nachmittag wurden in ihrer Wohnung, Heinrichstraße 6, in Dresden, die 70 Jahre alten Lackererheleute Bogner nach gewalttätiger Öffnung der Tür tot aufgefunden. Das betagte Ehepaar war bereits seit vergangener Mittwoch nicht mehr gesehen worden.

Diese Notiz stand am 18. Oktober in den Dresdner Zeitungen. Der Kollege Bogner war seit 1903 bei uns Mitglied. Gatte er schon früher schwer mit widrigen Verhältnissen zu kämpfen, so wurde dies schlimmer, als die Krisen im Wirtschaftsleben kein Ende nahmen und er alt wurde.

Die Folgen des entsetzlichen aller Kriege sehen wir heute vor uns. Bei den Kindern beginnt es: Strophulose, Tuberkulose und andere Krankheiten nehmen entsetzlich zu.

Das sind die grausamen Folgen des „Verheerers und Zerstörers“ Krieg. Wahrscheinlich, es ist hohe Zeit, daß die gegenseitige Zerstörung der Arbeiterklasse aufhört...

Lackierer.

Achtung, Lackierer der Wagen- und Karosseriebetriebe Deutschlands!

Seit Montag, 18. Oktober, ist ein Teil der Arbeiter der Wagen- und Karosseriebetriebe Berlins in den Streik getreten. Die Arbeitgeber haben daraufhin am Mittwoch, 19. Oktober, früh, die Aussperrung vorgenommen.

Bis zum 4. Oktober bestand für Facharbeiter ein Lohnsatz in Gruppe I von 85 A pro Stunde, in Gruppe II 64,70 A pro Stunde, plus 14 A Feuerungszulage pro Stunde.

Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, und befinden sich daher die Berliner Karosseriearbeiter im Streik. Im Streik befinden sich noch circa 25 Betriebe.

Wir ersuchen alle Kollegen in den Wagen- und Karosseriebetrieben Deutschlands, vor allen Dingen darauf Obacht zu geben, daß Streikarbeit aus den Berliner Betrieben nicht ausgeführt wird.

Baugewerbliches.

An die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter!

Werte Kollegen! Bei den Erhebungen der Sozialpolitischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Feststellung der Mißstände bei den Bauten im Oktober/November 1921 und auch bei den Sommerbauten im Juni/Juli 1922 war nur eine geringe Beteiligung der Bauarbeiterkommissionen...

Die Zusendung erfolgt nur dann, wenn bei der Bestellung genau die erforderliche Zahl der Fragebogen angegeben ist. Nicht benutztes Material muß auf alle Fälle zurückgeschickt werden.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre „Steinarbeiter“. Der Zentralverband der Steinarbeiter wurde 1884 gegründet. Aber erst im Oktober 1897 konnte er sich ein eigenes Verbandsorgan „Der Steinarbeiter“ schaffen.

Der Töpferverband wird mit dem 1. Januar 1923 zu bestehen aufhören; er schließt sich dem Deutschen Bauarbeiterverband an, der von Beginn nächsten Jahres an bekanntlich als „Baugewerksbund“ firmiert.

Sozialpolitisches.

Table with 4 columns: Item, am 9. Oktober, am 13. Oktober, am 18. Oktober. Rows include Rindfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch, Blutwurst, Speck.

Im Durchschnitt beträgt die Steigerung für Fleischwaren aller Art innerhalb der Zeit vom 9. bis 19. Oktober 1922, also in 10 Tagen, ungefähr 90%.

Erhöhung der Feuerungszulage für Kriegsbeschädigte. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, ist in der Frage des Ausgleichs der Feuerung bei den Bezügen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bis jetzt mit Zustimmung des Reichstages immer so vorgegangen worden...

Die nur an die besonders Bedürftigen durch die Fürsorgestellen zahlbaren Feuerungszuschüsse, auf die ein im Spracherfahren verfolgbarer Rechtsanspruch nicht besteht, sollen ebenfalls mit Wirkung vom 1. Oktober durchgehends um zwei Drittel des gegenwärtigen Betrages erhöht werden.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat versucht, die Änderungen der Arbeitslöhne in den verschiedenen Ländern in der Zeit von 1914 bis 1921 vergleichend zusammenzustellen. Das Ergebnis ist für die Länder mit stark entwerteter Valuta (Deutschland, Oesterreich) vielfach ungünstiger als für die, die ihre Währung zu behaupten vermochten...

Neben Staaten weisen (mit Ausnahme der Schweiz) ebenfalls eine Steigerung der Reallohne der Arbeiter auf. — In allen Ländern hat sich der Unterschied zwischen den Löhnen der gelehrten und ungelerten Arbeiter vermindert. Das Gehalt des Beamten, gemessen an dem Lohne des Arbeiters, ist heute überall viel geringer als vor dem Kriege.

Verschiedenes.

Die Kunst im Arbeiterheim. Der von den vier großen Verbänden der graphischen Industrie ins Leben gerufene Volkskunstverlag „Das Bild“ (Geschäftsstelle: Berlin-Mariendorf, Kurfürststr. 19) teilt mit, daß der Preis der bisher erschienenen originalgroßen Bilder „Das Balkonzimmer“, von Mengel (46x56), „Der Kohlenkarran“ (56x62) und „Ideale Landschaft“ (56x65), von Richard Schulz, vom 1. Oktober 1922 pro Blatt 100 M. beträgt. Da dieser für die prächtigen Blätter äußerst annehmbare Preis zu Weihnachten wahrscheinlich eine weitere Erhöhung erfahren wird, ist es für jeden Kollegen angezeigt, etwaige Ankäufe baldigt vorzunehmen. Die gerahmten Blätter sind bereits ausverkauft. Ein großer Teil der Bildungsinstitutionen, Verlagsanstalten und Buchhandlungen der deutschen Gewerkschaften haben sich der Genossenschaft angeschlossen respektive ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftslokale, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Bilder an die Kollegen interessieren, wollen sich an die oben genannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die jede weitere Auskunft gern erteilt.

Vom Ausland.

Der Kohlkampf der Maler und Anstreicher in Wien beendet. Nach dreiwöchiger Ausperrung ist es gelungen, den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu erreichen. Trotz der äußerst ungeeigneten Zeit ist ein voller Erfolg erzielt worden; denn auch die vielumstrittene Urlaubsfrage wurde geregelt. Im allgemeinen gilt die Fassung des früheren Vertrages mit den Änderungen, daß, wenn am Samstag nachmittags gearbeitet wird, 50 % Aufzahlung zu leisten ist. Die Feuerungszulage wurde vom 4. Oktober an auf 80 % festgesetzt, so daß die Stundenlöhne für Vollgehilfen und Hilfsarbeiter 8560 Kr., für Gehilfen in den ersten 2 Gehilfenjahren und Hilfsarbeiter nach zwölfmonatiger Verwendung 8800 Kr. und für Hilfsarbeiter unter zwölfmonatiger Verwendung und Farbentreiber 8070 Kr. betragen.

Bei jenen Firmen, wo weder gestreift noch ausgesperrt wurde, gelten die obigen Lohnhöhungen vom 18. September an. Die Zulagen bei Arbeiten an Brücken und Fassaden wurden mit 2 %, die für Arbeiten in Stiegenhäusern, auf Gerüsten in Innenträumen und auf über 5 m hohen Leitern mit 1 % vom Stundenlohn festgesetzt. Die Landzulage beträgt vom 5. Oktober an 20 % des Achtstundenslohnes. Außerdem wurden Verbesserungen bei Landarbeit, Brücken- und Fassadenarbeit usw. erzielt und folgende Vereinbarungen über die Urlaubsbefreiung getroffen: Berechtigung auf Urlaubsbefreiung tritt ein: 1. nach der Entlassung durch den Arbeitgeber bei ununterbrochener Arbeitsleistung von mindestens 12 Wochen, 2. bei freiwilligem Austritt des Arbeitnehmers bei ununterbrochener Arbeitsleistung von mindestens 16 Wochen. Die Urlaubsbefreiung ergibt sich aus der Summe von je einem Gesamthundenslohn in jeder einzelnen Arbeitswoche. Als Anfalltag für die Berechnung der Urlaubsbefreiung gilt der 1. Oktober 1922 beziehungsweise der jeweilige spätere Eintritt in die Arbeit. Die gesetzlichen Urlaubsbestimmungen werden durch dieses Uebereinkommen nicht berührt.

Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1924. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird ein Tarifschiedsgericht gewählt. Mit diesem Vertragsabschluss ist ein schwerer Kampf mit vollem Erfolg für die Kollegen beendet. Daß dies möglich wurde, haben sie nur der Schlagkraft der Organisation zu verdanken. In den Kollegen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß das Gericht auch durchgeführt und der Vertrag in allen seinen Bestimmungen eingehalten wird.

Fachtechnisches.

Fachgewerbliche Unterrichtskurse beabsichtigt das Badische Landesgewerbeamt in Karlsruhe von Ende September 1922 bis ausgangs März 1923 zu veranstalten. Für Maler sind vorgezogen:

- a) Lehrgänge im Dekorationsmalen (Wand- und Deckenmalerei); Dauer 3 Wochen.
- b) Lehrgänge im Goldfarbmalen (Meisterlehre) und im neuzeitlichen Goldbemalen (Sajurtechnisch); Dauer 3 Wochen.
- c) Lehrgänge im Schriften- und Plakalmalen; Dauer 3 bis 4 Wochen.
- d) Lehrgänge im Glasätzen und Glasberggoldern; Dauer 5 bis 14 Tage.

Neben den vorgenannten Kursen können auf besonderen Antrag noch weitere, deren Veranstaltung wünschenswert und dem Interesse entsprechend sind, beantragt werden. Einzelne Anträge sind nach im Laufe dieses Jahres zu stellen. Sofern nichts anderes beschieden ist, werden die Kurse in Karlsruhe statt, doch können auch andere Orte bei genügender Beteiligung Kurse auch an anderen Orten stattfinden.

In den Kursen werden Landesgeschaffene, und zwar sowohl selbständige Kunstwerker als Gehilfen und Industriearbeiter, zugelassen. Freigebildete werden besonders berücksichtigt. Die Kosten eines Teiles der Kosten wird ein mögliches Unternehmenseinkommen; im übrigen trägt der Staat die Kosten.

Interessenten Kursteilnehmern kann auf Antrag und bei Vorlage einer Bescheinigung über die von der Gewerbebehörde anerkannte Befähigung, die von der Gewerbebehörde erteilt ist, die Erteilung des Unterrichtszugangs erwirkt werden.

Anmeldungen zu den Kursen sind unter Verwendung des vorgezeichneten Anmeldeformulars unmittelbar beim Landesgewerbeamt in Karlsruhe mit tauschlicher Bezeichnung

zung einzureichen. Die Formulare können vom Landesgewerbeamt oder den Handwerkskammern bezogen werden.

Karlsruhe, im September 1922.

Badisches Landesgewerbeamt.

Fachliteratur.

Im Verlage von Hermann Paetel, G. m. b. H., ist in der Sonderreihe belehrender Schriften Band 80 herausgegeben. Er ist betitelt „Der Maler und Lackierer“ und geschrieben von Hugo Stille. Das Buch ist bestimmt der Jugend die Verhältnisse des Berufes klarzulegen und so damit beizutragen, daß möglichst, wie es im Vorwort heißt, der rechte Mann an die rechte Stelle kommt. Zweifellos hat sich der Verfasser Mühe gegeben, Licht- und Schattenseiten des Berufes objektiv zu schildern und einen zuverlässigen Einblick in die Eigenart unseres Berufes zu geben. Besonders einige Abschnitte sind in flotter Weise geschrieben, die das Buch recht geeignet als Lektüre für die Jugend macht. Allerdings in einigen Dingen gehen wir mit dem Verfasser nicht einig. Wenn er zum Beispiel auf Seite 20 sagt, daß es bei einem kleinen Meister vorkommen könne, daß die Lehrlinge auch Stiefel wischen und Kinder hüten müssen und hinzufügt, das schadet nichts, so sind wir darüber doch anderer Meinung. Auch dem im Abschnitt „Das Malergewerbe als Wirtschaftskörper“ Gesagten können wir nicht allgemein zustimmen. Sonst aber ist das Buch geeignet, aufklärend über die Berufsverhältnisse zu wirken. Wir können es den Filialen sowie allen Kollegen und Jugendlichen zur Anschaffung empfehlen. Wir sind in der Lage, es beim Bezuge durch uns zum Preise von 26 M. liefern zu können. Bei der Bestellung ist der Betrag gleich an die Hauptkassa mit einzusenden.

Bekanntmachung der Expedition.

Eine Änderung im Versand des „Vereins-Anzeiger“ tritt von Nr. 44 an ein. Der „Vereins-Anzeiger“ wird dann nicht mehr in Postpaketen mit Begleitadresse verschickt werden, sondern den Filialen durch „Sammelüberweisung“ zugehen. Auch ein Teil der Druckkostenbindungen wird fortan so befördert. Erforderlich ist, daß der Expedition bei Aufgabe der Adressen der Zeitungsempfänger auch die Nummer der Postanstalt des Wohnbezirkes mitgeteilt wird. Weiter ist wünschenswert, daß Adressenänderungen möglichst vermieden werden, weil öftere Änderungen erhebliche Mehrarbeit verursachen. Um durch Änderungen in der Anzahl der Zeitungen nicht unnötige Schwierigkeiten entstehen zu lassen, wird den Filialen nicht die bisher erhaltene volle Anzahl durch die Sammelüberweisung zugehen, sondern ein kleiner Rest wird ihnen zusammen mit dem „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ sowie den sonstigen noch zu verschickenden Zeitungen, „Betriebsratzeitung“, „Malerlehrling“ usw. als Druckfache zugelegt. Dieser restliche Teil soll als Ausgleich für Ab- oder Zubestellung benutzt werden, wodurch eine unnötige Belastung auch der Post-Zeitungsstelle vermieden wird.

Vereinstell.

Bericht der Hauptkassa für den Monat September bis Quartalschluß.

Eingekassiert haben: Aachen 45 000 M., Altona 8000, Altenburg 14 546,40, Anklam 1575, Augsburg 19 860, Aschaffenburg 10 000, Bamberg 7957,10, Bayreuth 10 000, Berlin 230 000, Bernburg 15 000, Bielefeld 40 000, Bochum 28 000, Bocholt 1000, Brandenburg 10 000, Braunschweig 48 000, Bremen 75 000, Bremerhaven 50 000, Breslau 80 000, Buzlau 2000, Cassel 50 000, Celle 6000, Chemnitz 60 000, Coblenz 22 000, Coburg 19 500, Grefeld 20 000, Darmstadt 49 600, Datteln 2000, Dessau 46 000, Dortmund 80 000, Dresden 140 000, Duisburg 82 000, Düren 6549,60, Düsseldorf 50 000, Eilenach 7500, Eibersfeld 43 000, Elbing 5000, Emden 3000, Erfurt 40 000, Eschwege 12 738, Essen 40 000, Flensburg 18 000, Forst 14 550, Frankfurt a. M. 199 500, Frankfurt a. O. 8000, Freiburg 12 000, Freiberg i. S. 10 000, Friedberg 29 000, Fürstentum 3808,90, Gera 15 000, Gießen 28 000, Glauchau 6800, Glogau 6870, Görtlich 12 000, Gotha 50 000, Göttingen 4800, Greifswald 500, Grünberg 10 000, Gützkow 4000, Hagen 23 000, Halberstadt 11 874,50, Halle 110 000, Hamborn 14 500, Hamburg 370 000, Hannover 110 000, Heilbronn 23 969,45, Heidelberg 28 200, Herford 25 000, Hildesheim 30 000, Hirschberg 8500, Hof 10 000, Hoyerwerda 2607,50, Jauer 1375,80, Jena 9000, Jüterburg 4000, Jurgastadt 6000, Kaiserslautern 14 000, Karlsruhe 36 000, Kiel 75 000, Korbach 7500, Kottwitz 28 000, Köln 69 000, Königsberg 44 000, Konstanz 10 000, Krumpholtz 5000, Lahe 5113,80, Landsberg 10 000, Lauenburg 2500, Leipzig 90 000, Liegnitz 5000, Lübeck 25 000, Ludenwalde 4200, Lüdenscheid 3000, Lüneburg 8274,10, Magdeburg 45 000, Mainz 75 082,30, Mannheim 98 000, Marburg 13 000, Meerane 6172,20, Melle 6342,80, München 150 000, Münster 27 554,30, Naumburg 8000, Neisse 3500, Neumünster 6000, Neuwied 3100, Niesky 9000, Nordhausen 20 000, Norden 8000, Nürnberg 100 000, Oberstein 3000, Oehnhäuser 8000, Oldenburg 10 000, Ohligs 1257, Oppeln 3000, Osnabrück 5500, Opatowitz 3000, Pforzheim 25 000, Plauen 24 000, Potsdam 15 000, Prengeln 1000, Rathenow 13 000, Rendsburg 8856, Regensburg 9000, Rastatt 35 000, Rosenheim 1000, Saarbrücken 20 000, Sagan 3708, Schleswig 2500, Schneidemühl 2000, Schwab-Gmünd 3508, Schweinfurt 6462, Schwerin 11 561,90, Senftenberg 11 000, Singen 2400, Solingen 4000, Sorau 1600, Spremberg 4675,50, Stettin 60 000, Stolp 6000, Straubing 1255, Stuttgart 73 304, Szwenzünde 5000, Tilsit 3000, Trier 7000, Billingen 350, Wadenburg 6000, Weida 2439, Weiden 2000, Weimar 11 000, Weisel 3000, Wilhelmshaven 37 000, Wismar 7000, Wittenberge 2750, Wolfenbüttel 7550, Worms 23 000, Würzburg 30 000, Zeitz 30 468,90, Zwickau 15 000 M.

J. Reich, Kassierer.

Sterbetafel.

Berlin. Am 28. September starb der Kollege Wilhelm Kunz, geboren am 8. Oktober 1878 in Berlin, und am 8. Oktober der Kollege Adolf Mohr, geboren am 22. September 1859 in Söbden.

Darmstadt. Am 18. Oktober starb der Kollege Jakob Drott im 25. Lebensjahre.

Eibersfeld. Am 4. Oktober starb an Schlaganfall nach vorheriger längerer Krankheit unser langjähriges Mitglied Johann Merzbach im Alter von 65 Jahren.

Herford. Am 28. September starb infolge Unglücksfalles unser junger Kollege Wilhelm Botte im Alter von 17 Jahren.

Hoyerwerda. Am 11. Oktober starb an den Folgen eines Unfalles unser Kollege Fritz Baum im Alter von 58 Jahren.

Wien a. Rh. Nachstehende Kollegen sind im 3. Quartal gestorben: Otto Kländer, 84 Jahre alt; Andreas König, 68 Jahre alt; Philipp Gemenz, 60 Jahre alt; Peter Meiß, 44 Jahre alt; Hermann Thonet, 48 Jahre alt.

Rendsburg. Am 5. Oktober starb der Kollege Schwerdt durch Unglücksfall beim Streichen von eisernen Masten. Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen.

Wir unsere in Bayern gelegene Kunstanstalt für Plastik (Großfabrikation von Qualitätswaren) suchen vorzügliche und zuverlässige

Sicher, Metalle, Fachmaler und Packer

in gutbezahlter Dauerstellung. Infolge Wohnungsengens bedingt vorzugsweise Ausführl. Angebote unter N. 1557 an die Exped. d. Blattes.

Abend- und Sonntags-Kurse
f. n. Holz- u. Marmorarbeiten etc.
Fr. Popp, Hamburg, Gängehofstr. 27, Opt.

Wilh. L. Walter & Co.
Dele, Lacke, Farben
Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer.
Hamburg, Alt. Steinweg 48.
Geschäftszeit von 8 1/2 bis 5 Uhr.

Jeder Kollege
bestelle sofort einen Probeband „Der Dekorationsmaler“
3 farbige Folien mit 12 feinsten Farbentafeln. Preis 40 M. bei Vorbestellung des Betrages.

Quellen-Verlag
München-Pöfing, Pöfingstr. 2.

Malereibetrieb „Anklam“, e. G. m. b. H., Anklam.

Die außerordentliche Generalversammlung findet Sonntag den 5. November, vormittags 9 Uhr, statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassensbericht, 3. Genehmigung der Bilanz und Schlussabrechnung über den Reingewinn 1922, 4. Entlassung des Vorstandes und des Kassierers, 5. Wahl der Vorstandsmitglieder, 6. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, 7. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.

Malerschule Buxtehude

Größte und älteste Fachschule für Dekorationsmaler. Letzte Frequenz 288 Schüler, 24 Meisterprüfungen. Zahl. gold. Medaillen u. Ehrenpreise Silberne Staatsmedaille 1904. Wintersemester 1922/23: 1. Oktober bis 31. März. Meisterkurse • Akademiekurse • Sonderkurse. Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

Beginn des 26-jährigen Kurses unserer Spezialschule für

Holz- u. Marmorimitation

am 1. November 1922

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5.
Einkaufstr. 19. Man verlange Prospekt!

Die Erfolge eines Monats

die von den in- und ausländischen Schülern im Mecklenb. Maler-Technikum Schwerin i. M. seit 16 Jahren erzielt werden, übertreffen in jeder Hinsicht weit ihre Erwartungen. Die konkurrenzlosen, erfolgreichen Monats-Sonderkurse haben sich durch unser einzigartiges gründlegendes Lehrsystem für Schüler — und ganz besonders in diesen letzten Jahren der Tenierung — glänzend bewährt. Ausführl. Aufklärungschr. Nr. 10 u. 15 nebst Lehrplan kostenlos durch die Direktion.

Arbeitslose oder eine selbständige Existenz Suchende, die mit leichter Mühe zu Hause vom Tisch aus wöchentlich 800 bis 1000 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon von Tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Bauren zur Herstellung von Brillant-Glasplattmaterialien sowie zur Herstellung von Plakat- und Schiebermaterialien aller Art aufgeben. Mit Hilfe meiner Buchstaben-Bauren kann jeder sofort die saubersten Glasplattmaterialien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmaterialien, die etwas ganz Neues und Bornehmes sind. Ganze Serien Buchstaben-Bauren, bestehend aus 16 Doppelabgabebau, jedes Abgabebau 28 große und 28 kleine Buchstaben in 6 verschiedenen Schriftarten und in 6 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm, sowie Zeichen, Bauteile und Verzierungen in 4 verschiedenen Größen nebst fertigem Kristallglas-Schild mit eigenem Namen des Bestellers im Werte von allein 50 M., einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium nebst genauer Gebrauchsanweisung; Preis der kompletten Serie nur 175 M. gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages von 150 M.

Albin Huttmacher, Maler, Gilden (Süd), Rheinland.

Die Woche vom 30. Oktober bis 4. November 1922 ist die 44. Beitragswache.